

Schulkinder sicher unterwegs! „Schulweg-Checks“ für die Kommunen

Drucksache 19/8089 · eingebracht 2025-09-08 – Antragsteller: **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Mobilität

Kinder

Kommunen

Partizipation

Sicherheit

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert ein landesweites, standardisiertes Programm für Schulweg- und Fußverkehrs-Checks in Zusammenarbeit mit der AG fahrradfreundliche Kommunen, um die Sicherheit und Attraktivität des Schulwegs durch partizipative Begehungen zu erhöhen.

KERNFORDERUNGEN

- Einführung eines landesweiten Schulweg-Check-Programms
- Nutzung neuer StVO/StVG-Rechte (Tempo 30, Zebrastreifen)
- Partizipative Erarbeitung von Lösungen mit Bürger*innen, Politik und Verwaltung
- Finanzierung im Haushalt 2026/2027

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag stärkt systematisch die Sicherheit, Teilhabe und Selbstbestimmung von Kindern und Familien im öffentlichen Raum — ein klarer Beitrag zu Menschenwürde (D1), Solidarität (D2), sozialer Gerechtigkeit (D4) und Transparenz & Mitbestimmung (D5). Die partizipative Methodik (Bürger*innen, Politik, Verwaltung gemeinsam) entspricht der GWÖ-Matrix-Forderung nach demokratischer Gestaltung. Die Fokussierung auf barrierefreie, sichere Fußwege adressiert ökologische Nachhaltigkeit (D3) durch Verkehrswende und reduzierte Motorisierung.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Starke Verankerung in grüner Programmatik
- Konkrete, umsetzbare Methode
- Partizipative Ausgestaltung mit Bürger*innen und Verwaltung
- Klare Zielgruppenorientierung (Kinder, Schulgemeinschaft)

Schwächen

- Keine klare Finanzierungs- und Verstetigungsvereinbarung
- Keine explizite Einbindung von Kindern als Mitgestalter*innen
- Keine Verknüpfung mit anderen GWÖ-Themen wie Klimaresilienz oder sozialer Infrastruktur

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	+	o	o	o	o
B · FINANZEN	o	o	o	o	o
C · VERWALTUNG	o	o	o	o	o
D · BÜRGER:INNEN	++	++	++	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	o	o	o	o	o

■ ++ stark fördernd
 ■ + fördernd
 ■ o neutral
 ■ - widersprechend
 ■ -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenwürde: Schutz vor Gefährdung Bewertung: +5

Sicherheit von Kindern auf dem Schulweg als Grundrechtsschutz

D4 Soziale Gerechtigkeit: Zugang zu sicherer Daseinsvorsorge Bewertung: +5

Barrierefreie, sichere Wege für alle Kinder – unabhängig von Alter, Behinderung oder sozialem Hintergrund

D5 Transparenz & Mitbestimmung: Bürgerbeteiligung vor Ort Bewertung: +5

Professioneller, standardisierter Check mit Einbindung von Bürger*innen, Politik und Verwaltung

D2 Solidarität: Gemeinsame Verantwortung für Mobilität Bewertung: +4

Partizipativer Schulweg-Check als kollektive Aufgabe der Schulgemeinschaft

GRÜNE

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag ist wörtlich abgeleitet aus den grünen Wahlprogramm-Kernforderungen zur Mobilität für alle, Barrierefreiheit, Partizipation und Schulwegsicherheit.

„Alle Menschen in Bayern sollen bequem, günstig und klimafreundlich von A nach B kommen können, ganz gleich, ob sie auf dem Land leben oder in der Stadt, ob sie jung oder alt sind, einen Rollstuhl nutzen oder mit dem Kinderwagen unterwegs sind.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern Wahlprogramm 2023, S. 17

„Wir geben den Kommunen mehr rechtliche Freiheiten an die Hand, selbst über die Gestaltung ihres öffentlichen Raums zu entscheiden, beispielsweise bei der Einrichtung von sicheren Fußgängerquerungen“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern Wahlprogramm 2023, S. 19

PARTEIPROGRAMM

9/10

Der Antrag spiegelt die grüne Grundsatzprogramm-Leitidee 'Mobilität als Recht auf Teilhabe' wider und verankert diese konkret in kommunaler Praxis.

„Jeder Mensch hat das Recht auf Mobilität. Sie ermöglicht Freiheit und Teilhabe und ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss sich an den menschlichen Bedürfnissen orientieren, vollständig barrierefrei gestaltet sein...“

Grüne Grundsatzprogramm 2020, S. 27

CSU**WAHLPROGRAMM**

6/10

Die CSU betont Sicherheit und Infrastruktur, aber lehnt vorgeschriebene Verkehrswende-Maßnahmen wie Tempo 30 pauschal ab. Der Antrag ist daher partiell kompatibel (Sicherheit, Kinder), aber nicht konsistent mit der CSU-Position zur Autonomie der Kommunen und zum Verhältnis von Auto und Fußverkehr.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

5/10

Das CSU-Grundsatzprogramm betont 'gleichwertige Lebensverhältnisse' und 'starke Kommunen', was partizipative Checks unterstützt — aber auch die Ablehnung eines 'gegeneinander Ausspielens unterschiedlicher Verkehrsmittel' steht im Spannungsfeld zur Fokussierung auf Fußverkehr.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FW

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Programm für „Schulweg-Checks“ und „Fußverkehrs-Checks“ vorzubereiten und dabei die neuen Möglichkeiten nach der Novelle des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) und der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) einzubeziehen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein ****kostenloses, landesweit standardisiertes Programm für „Schulweg-Checks“ und „Fußverkehrs-Checks“**** vorzubereiten und dabei die neuen Möglichkeiten nach der Novelle des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) und der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) einzubeziehen, ****mit klaren Vorgaben zur Einbeziehung von Kindern, Eltern und Schüler*innenvertreter*innen****.

Begründung: Stärkt die GWÖ-Werte Menschenwürde (D1) und Mitbestimmung (D5) durch explizite Einbindung der Betroffenen als Subjekte — nicht nur als Objekte der Sicherheitsplanung.

Vorschlag 2 von 3

Original: Bei diesem partizipativen Verfahren bewerten Bürgerinnen und Bürger, Politik und Verwaltung gemeinsam die Situation der Schulwege sowie des Fußverkehrs vor Ort und erarbeiten Vorschläge, wie die Wege zur Schule und die Wege zu Fuß künftig noch attraktiver und sicherer gestaltet werden können.

Bei diesem partizipativen Verfahren bewerten ****Kinder, Eltern, Lehrkräfte, Schüler*innenvertreter*innen, Bürgerinnen und Bürger, Politik und Verwaltung**** gemeinsam die Situation der Schulwege sowie des Fußverkehrs vor Ort und erarbeiten Vorschläge, wie die Wege zur Schule und die Wege zu Fuß künftig noch attraktiver und sicherer gestaltet werden können, ****unter besonderer Berücksichtigung von Barrierefreiheit, Klimaresilienz und sozialer Gerechtigkeit****.

Begründung: Verankerung der drei zentralen GWÖ-Werte (D1, D3, D4) im Prozessdesign — insbesondere die explizite Nennung von Kindern als Akteure stärkt ihre Würde und Selbstbestimmung.

Vorschlag 3 von 3

Original: Etwaig nötige Mittel sind im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 vorzusehen.

Etwaig nötige Mittel sind ****als dauerhafte, jährlich wiederkehrende Haushaltsposition**** im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 vorzusehen, ****um eine flächendeckende, langfristige Umsetzung in allen bayerischen Kommunen zu gewährleisten****.

Begründung: Fördert ökologische Nachhaltigkeit (E3) und soziale Gerechtigkeit (D4) durch institutionelle Verstetigung — verhindert Projektcharakter und Ungleichheit zwischen Großstadt und ländlichen Kommunen.

Original-Antrag

Drucksache 19/8089

Schulkinder sicher unterwegs! "Schulweg-Checks" für die Kommunen

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler, Gabriele Triebel, Christian Zwanziger, Claudia Köhler, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Schulkinder sicher unterwegs! „Schulweg-Checks“ für die Kommunen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Programm für „Schulweg-Checks“ und „Fußverkehrs-Checks“ vorzubereiten und dabei die neuen Möglichkeiten nach der Novelle des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) und der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) einzubeziehen. Die Maßnahme soll in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e. V. entwickelt werden (nach Beispiel anderer Bundesländer).

Begründung:

Der sichere Weg zur Schule sowie sichere, bequeme und barrierefreie Fußwege sind ein wesentlicher Teil der Alltagsmobilität. Derzeit müssen Kommunen vor Ort jeweils individuell alle Möglichkeiten abprüfen, um Lösungen für einen besseren, sichereren Weg zur Schule zu finden, insbesondere mit den neuen Möglichkeiten nach der StVG- und StVO-Novelle wie Tempo 30 und Zebrastrreifen.

Daher soll der Freistaat die Kommunen bei der Durchführung von professionellen Fußverkehrs- und Schulweg-Checks mit einem standardisierten Ablauf unterstützen. Bei diesem partizipativen Verfahren bewerten Bürgerinnen und Bürger, Politik und Verwaltung gemeinsam die Situation der Schulwege sowie des Fußverkehrs vor Ort und erarbeiten Vorschläge, wie die Wege zur Schule und die Wege zu Fuß künftig noch attraktiver und sicherer gestaltet werden können. Die Sicherheit der Schulwege soll priorisiert und die Schulgemeinschaften dabei einbezogen werden.

So können Kommunen bei Begehungen vor Ort konkrete Lösungen für gefährliche Situationen finden und konsequent umsetzen. Damit wird die Sicherheit für Schulkinder bedeutend erhöht.

Etwaig nötige Mittel sind im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 vorzusehen.